



Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung
am 24. September 2009.

Zu Beginn der Sitzung verabschiedete Herr Oberbürgermeister Elbers die mit Ablauf der Wahlperiode aus dem Rat ausscheidenden Ratsmitglieder. Bei der SPD scheideten aus Manfred Abels (11 Jahre), Rolf-Jürgen Bräer (25 Jahre), Dr. Rudolf Halberstadt (4 Jahre), Kurt Hahn (25 Jahre), Peter Hansen (9 Jahre), Petra Kammerevert (10 Jahre), Karl-Josef Keil (34 Jahre), Ulrike Scheffler-Rother (5 Jahre), Annette Steller (20 Jahre), Carsten Suhr (5 Jahre), Alfred Syska (16 Jahre), Regine Thum (20 Jahre), Hans-Jochem Witzke (15 Jahre),

Im Rahmen der Anerkennung der Tagesordnung setzten CDU, FDP, Krüger durch, die Tagesordnung so zu verändern, dass erst die Verwaltungsvorlagen und zum Schluss die Anträge der Fraktionen beraten werden. Dem widersprachen SPD, BÜ 90, Linksfraktion und monierten, dass dann die politischen Debatten erst spät am Abend geführt werden.

Außerdem wurde ein Antrag der Linksfraktion, durch eine Resolution den Deutschen Bundestag aufzufordern, eine Förderung der Altersteilzeit über den 31.12.2009 zu gewährleisten, von der Tagesordnung abgesetzt (gegen Linksfraktion).

■ Anfragen

BÜ 90 fragte nach der **Evaluation der wohnungspolitischen Maßnahmen des Stadtentwicklungskonzeptes**. Die Verwaltung führte aus, dass sich eine Überprüfung der Wohnungsbedarfsprognose bisher erübrigt hat, da sie auf der Grundlage des Bevölkerungswachstums auf 600.000 Einwohner bis zum Jahr 2020 basiert. Der Evaluierung dienen die Beobachtung des Wohnungsmarktes, die Bevölkerungszahlen, die Baufertigungstellungsrate und die Entwicklung der Wohnbauflächenpotenziale.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 erläuterte die Verwaltung ihre **Unterstützung für Wohnprojekte**. Seit 2006 fungiert die Wohnberatung als Ansprechpartner für Gruppen, Architekten und Investoren sowie als Koordinierungsstelle innerhalb der Verwaltung. Seit 2006 wurden 10 Projektgruppen und 40 Einzelpersonen beraten.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zum **Fluglärm im Gegenanflugverfahren** führte die Verwaltung aus, dass über die Anzahl dieser Flüge keine Statistik geführt wird. Die Verwaltung beschrieb die Routen aus Richtung Ratingen über Neuss-Holzheim, Lichtenbroich, Lintorf und über Neuss-Holzheim, Gerresheim in 10.000 Fuß Höhe bzw. aus Richtung Meerbusch über Gerresheim, Flehe und über Garath,

Wersten, Flehe in 8.000 Fuß Höhe. In diesen Bereichen gibt es keine Messstellen. Nach Angaben der Verwaltung liegt kein signifikanter Anstieg der Beschwerden vor, vermutlich weil die Anflüge mit niedriger Triebwerksleistung erfolgen. Die Verwaltung sagte zu, die Lärmthematik und mögliche Messverfahren in der Lärmkommission anzusprechen.

Die Linksfraktion fragte nach der **Einrichtung eines Fan-Treffs** in der Esprit-Arena. Die Verwaltung stellte dar, dass verschiedene Flächen im Bereich der Arena geprüft wurden, die aber Feuerwehrezufahrten und Rettungswege sind und deshalb nicht in Frage kommen. Mit dem Fanprojekt wurde vereinbart, dass Vorschläge für mögliche Standorte und die Anforderungen hieran formuliert werden.

■ Anfragen

BÜ 90 fragte nach den Maßnahmen, die dazu führen, dass das im Stadtentwicklungskonzept formulierte Ziel der **Schaffung von 28.000 Wohnungen** bis 2020 erreicht wird. Die Verwaltung erläuterte, dass in den letzten drei Jahren 67 Bauleitverfahren abgeschlossen wurden, die die Errichtung von 3800 Geschosswohnungen und 2000 Einfamilienhäusern ermöglichen. Bis 2010 sollen weitere 69 Verfahren abgeschlossen werden, die die Errichtung weiterer 3900 Geschosswohnungen und 1200 Einfamilienhäuser ermöglichen. In Zusammenarbeit mit dem Eigentümerverband Haus und Grund sollen Strategien zur Aktivierung von Wohnraumpotenzialen entwickelt werden. Dazugehören die Handlungsfelder „Quartierentwicklung unter dem Aspekt der Nachverdichtung“, „Innenhofatlas“ und „Bauflächenmanagement“.

Als Controlling bezeichnete die CDU ihre Anfrage zum **Familienimage der Stadt** und provozierte so eine 8-seitige Antwort, die verlesen wurde. Elemente der Familienpolitik sind Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, Kindertagespflege, Offene Ganztagschule, Ferienangebote, Kinderspielplätze, Jugend-Job-Center, Schulsozialarbeit, „zentren plus“, Pflegebüro. Außerdem benannte die Verwaltung die Informationsquellen für NeubürgerInnen und wies auf die aufsuchenden Dienste wie Elternbesuchsdienst, Erinnerungsbesuch für Einschulungen sowie Vorsorgeuntersuchungen hin.

■ Anträge der Fraktionen

Der Antrag der Linksfraktion, die **Niederlassung Süd der ARGE** von der Reisholzer Wertstraße an einen besser erreichbaren Standort zu verlegen, wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90, Lemmer, Krüger abgelehnt.

Der Antrag der Linksfraktion, genehmigte **Flächen für Graffiti-Kunst** zur Verfügung zu stellen und die legalen Graffiti-Spots durch Schilder an den Bauwerken zu kennzeichnen, wurde von CDU, FDP abgelehnt, Enthaltung SPD. Der Änderungsantrag der SPD, durch den die Verwaltung gebeten werden sollte, nach dem im Oktober stattfindenden Graffiti-Workshop in Zusammenarbeit mit dem Jugendrat ein Konzept zu erarbeiten, wie in Zukunft legales Graffiti-Sprayen ermöglicht werden kann, wurde von CDU, FDP, Krüger abgelehnt.

Die Linksfraktion zog ihren Antrag, die Verwaltung aufzufordern, sämtliche **Rückbauforderungen gegenüber den Pächterinnen und Pächtern von Kleingärten** angesichts der laufenden Verfahren beim Amtsgericht auszusetzen, zurück, nachdem die Verwaltung erklärte, dass im Juni alle Rückbauforderungen zunächst ausgesetzt wurden. In 47 Fällen wurden sie inzwischen aufgrund des

Gerichtsurteils zurückgezogen. Zur Zeit wird mit dem Stadtverband verhandelt mit dem Ziel, kulante außergerichtliche Lösungen für noch 140 Fälle zu finden. In der Kleinen Kommission Kleingärten des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen wird demnächst über den aktuellen Stand informiert.

Im Juni hatte BÜ 90 beantragt, zum **Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung** in 2010 einen Handlungs- und Finanzierungsplan zu erstellen. Diesen wollten CDU/FDP durch einen eigenen Antrag ersetzen, durch den die Verwaltung aufgefordert werden sollte, konkrete Eckpunkte und Handlungsschwerpunkte zu definieren und drei konkrete Veranstaltungen zu konzipieren. Nachdem BÜ 90 diesen Antrag in den eigenen Antrag mit aufnahm, lehnten CDU, FDP und Krüger den Gesamtantrag trotzdem ab und reichten nun den eigenen Antrag erneut ein. Dieser wurde mit den Stimmen von CDU, FDP beschlossen. Ein Änderungsantrag von BÜ 90, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit vorzusehen und auch die Beteiligung der Bevölkerung, der Vereine, Verbände und sozialen Einrichtungen vorzusehen, wurde von CDU, FDP angelehnt.

Auf Antrag von CDU/FDP beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung, eine ordnungsbehördliche Verordnung zur **Abschaffung der bisherigen Sperrzeit in der Altstadt**, der so genannten Putzstunde zwischen 5 und 6 Uhr morgens, zur erarbeiten und zur nächsten Sitzung vorzulegen.

Gegen Krüger forderte der Rat auf Antrag von CDU, SPD, BÜ 90, FDP die Bezirksregierung und den Landesbetrieb Straßen NRW auf, die Bürgerinnen und Bürger im Umfeld der **Fleher Brücke** durch eine dauerhafte Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km/h vor Gesundheit gefährdenden Verkehrslärmemissionen zu schützen. Außerdem forderte der Rat, die teils lockeren Eisenplatten an den Dehnungsfugen dringend zu sanieren. Abgelehnt wurde ein Antrag der Linksfraktion von CDU, FDP, Krüger (Enthaltung SPD), zusätzliche Geschwindigkeitskontrollen, eine vollständige Plexiglasausfachung des Brückengeländers und einen lärmreduzierenden Fahrbahnverlag zu fordern.

Der Antrag der SPD, das Projekt **„Quartierspaten“** mit Hilfe eines Beschäftigungszuschusses nach § 16e Sozialgesetzbuch II (SGB II) durch die ARGE Düsseldorf auszubauen und um weitere Punkte wie Parkaufsicht, Hol- und Bringdienste etc. zu ergänzen, wurde von CDU, FDP, Krüger und Linksfraktion bei Enthaltung BÜ 90 abgelehnt.

Der Antrag der Linksfraktion, von den Verkaufsabsichten des **Stadthauses Mühlenstraße** Abstand zu nehmen, wurde nicht mehr beraten, nachdem der Oberbürgermeister darüber informierte, dass zwischenzeitlich der Käufer das Kaufangebot angenommen hat.

Der Antrag von BÜ 90, die Verwaltung zu beauftragen, bis zum Sommer Vorschläge für **Fahrrad-Express-Routen** vorzulegen, wurde von CDU und FDP abgelehnt.

■ **Verwaltungsvorlagen**

Die Verwaltung brachte den Haushaltsplan für 2010 ein. Bei Steuerwenigereinnahmen von 243 Mio bedarf es der Rücklagenentnahme, um den Haushalt auszugleichen.

Der Rat nahm den **Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2008** sowie den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung zur Kenntnis. Er beschloss die Jahresrechnung und entlastete den Oberbürgermeister (einstimmig).

Der Rat nahm einen Bericht über die **Umsetzung des Konjunkturpaketes II** zur Kenntnis und beschloss die Vergabe von Fördermitteln an Freie Träger in Höhe von 5,5 Mio Euro (Enthaltung BÜ 90).

Gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion stimmte der Rat der außerplanmäßigen Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Zusammenhang mit der **Baufeldfreimachung des Jan-Wellem-Platzes** und dem Bau der Wehrhahnlinie zu. Geplant ist, in 2010 5,8 Mio Euro an die Rheinbahn für die Verlegung der Gleisanlagen und Haltestellen zu zahlen. Im Zuge des Baus der Wehrhahn-Linie muss die Standsicherheit des U-Bahn-Tunnels im Hinblick auf den überquerenden Straßentunnel verbessert werden. Diese Kosten in Höhe von 11 Mio Euro werden in 2011 (8 Mio) und 2012 (3 Mio) anfallen.

Der Rat stellte einstimmig 3,8 Mio Euro überplanmäßig für den Bereich der **Hilfen zur Erziehung** zur Verfügung.

Der Rat beschloss einstimmig, zum 1.1.2010 eine **Ermäßigung der Niederschlagswassergebühren für Gründächer** einzuführen. Für die entsprechenden Flächen soll die Gebühr um 50 % gesenkt werden. Im Rahmen der Gebührenkalkulation für 2010 soll eine entsprechende Satzungsänderung vorbereitet werden.

Der Rat beschloss gegen Linksfraktion bei Enthaltung SPD und BÜ 90 **Straßenbenennungen im Bereich Le Quartier Central** (ehemaliger Güterbahnhof Derendorf): Toulouser Allee (1. Bauabschnitt der Entlastungsstraße), Marc-Chagall-Straße (Stadtgartenallee), Berty-Albrecht-Park und Maurice-Ravel-Park (Stadtgärten) und Louis-Pasteur-Platz (südlicher Auftaktplatz). Der Antrag der Linksfraktion, den 1. Bauabschnitt der Entlastungsstraße in Joseph-Cornelius-Rossaint-Straße zu benennen, wurde von CDU, FDP und Krüger abgelehnt bei Enthaltung von SPD und BÜ 90.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linksfraktion und Krüger eine **Änderung der Satzung über Ehreenauszeichnungen der Stadt**. Nunmehr schließt eine Verurteilung wegen eines Verbrechens nach § 12 Abs. 1 STGB die Verleihung grundsätzlich aus. Bei einer Verurteilung wegen eines Vergehens nach § 12 Abs. 2 STGB ist die Verleihung einer Ehreenauszeichnung möglich, wenn die Strafe nicht mehr im Führungszeugnis eingetragen ist. Hat sich jemand einer Ehreenauszeichnung unwürdig erwiesen, können Rat bzw. Bezirksvertretung durch Beschluss mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen die Verleihung ablehnen oder eine bereits verliehene Ehreenauszeichnung entziehen.

Der Rat nahm Kenntnis von dem **Verzeichnis der Vereins- und Verbandsmitgliedschaften**.

Der Rat beschloss gegen Linksfraktion bei Enthaltung von BÜ 90 und zwei SPD-Mitgliedern, den städtischen **Kinderclub an der Leichlinger Straße** vorbehaltlich der Zustimmung des Vermieters zum 1.11.2009 zugunsten des freien Trägers „Die Arche“ aufzugeben.

Der Rat nahm (gegen BÜ 90, Enthaltung SPD, Lemmer) einen **Zwischenbericht** zur Bearbeitung des Ratsauftrages „**Lokale Zentren als Kristallisationspunkte für Gemeinwesenarbeit**“ zur Kenntnis und beschloss die Umsetzung weiterer Projektphasen. Sie betreffen die Fortschreibung der sozialräumlichen Gliederung und die Erarbeitung eines Konzepts zur Steuerung der Sozialraumorientierung kommunalen Handelns in den Stadtbezirken. Ein Ergänzungsantrag von BÜ 90 und SPD, die Aktivierung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger deutlich zu berücksichtigen sowie den Rat spätestens zu den Haushaltsberatungen über die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zu informieren, wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Der Rat nahm einstimmig eine Zuwendung in Höhe von 200.000 Euro der Anwaltskanzlei Linklaters für **Musikkindergärten** an.

Der Rat genehmigte einstimmig einen Dringlichkeitsbeschluss, durch den überplanmäßige Mittel in Höhe von 535.000 Euro (85.000 Euro in 2009, 450.000 Euro in 2010) für eine **Feuerwehrdrehleiter**. Sie soll die bei einem Dachstuhlbrand schwer beschädigte Leiter ersetzen. Die Bauzeit beträgt 10 bis 12 Monate.

■ Investitionen

Der Rat genehmigte gegen die Linksfraktion Dringlichkeitsbeschlüsse, durch die die Verwaltung mit der Planung folgender Maßnahmen beauftragt wurde:

- **Brandschutzkonzept für das städt. Kinderhilfzentrum**, Eulerstraße mit voraussichtlichen Kosten von 3,7 Mio Euro;
- Bau einer **Kindertages- und Kinder- und Jugendfreizeitanlage an der Benninghauser Straße (Wersten)** mit voraussichtlichen Kosten von 2,84 Mio Euro. Zur Durchführung der Planung stellte er außerplanmäßige Mittel in Höhe von 300.000 Euro für das Jahr 2009 bereit. Das dreigeschossige Gebäude soll an den Verein „Die Arche“ vermietet werden. Baubeginn ist im 3. Quartal 2010 geplant, Fertigstellung im 1. Quartal 2012;
- **Schülererweiterungsbau und Bau einer Zweifach-Sporthalle am Goethe-Gymnasium**, Lindemannstraße mit voraussichtlichen Kosten von 12,06 Mio Euro. Durch ein fünfgeschossiges Gebäude an der Lindemannstraße mit vier Geschossen an der Schumannstraße sollen Klassen- und Nebenräume, eine Mensa sowie eine Zweifach-Sporthalle entstehen. Der Sportunterricht findet derzeit größtenteils an anderen Schulen statt und wird mit Schulbussen abgewickelt. Für die Planung stellte der Rat außerplanmäßig 300.000 Euro bereit. Baubeginn ist im 3. Quartal 2011 geplant, Fertigstellung im 3. Quartal 2013.

Der Rat beschloss folgende Baumaßnahmen

- einen **Neubau an der katholischen Grundschule Niederkasseler Str. 36** für die Erweiterung der Offenen Ganztagschule sowie den Neubau einer Gymnastikhalle mit Nebenräumen mit Gesamtkosten von 2,5 Mio Euro. Baubeginn im 1. Quartal 2010, Fertigstellung im 1. Quartal 2011 (einstimmig);
- den **Ausbau der Ickerswarder Straße** zwischen Münchener Str. und Am Bärenkamp mit Gesamtkosten von 1,23 Mio Euro, hiervon werden 0,4 Mio auf die Anlieger umgelegt. Baubeginn erfolgt im Januar 2010, Fertigstellung im September 2010 (einstimmig);
- die **Erweiterung der Gleisschleife am Spichernplatz** durch ein Aufstellgleis

mit Gesamtkosten von 1,3 Mio Euro. Durch den KÖ-Bogen entfallen die Haltestellen und die Gleisschleife am Jan-Wellem-Platz. Als Ersatz soll neben der projektierten Gleiseckverbindung im Einmündungsbereich Duisburger Str./Nordstr. am Spichernplatz die vorhandene Gleisschleife um ein Aufstellgleis erweitert werden. Hierzu wird das vorhandene Gleis um 2,10 m versetzt und die Fahrbahnbreite der Spichernstraße von 5,50 m auf 3,50 reduziert. Die Genehmigung nach Personenbeförderungsgesetz steht noch aus. Bauzeit ist von Januar bis März 2010 (Enthaltung Linksfraktion).

- **Brandschutz und Unterhaltungsmaßnahmen am U-Bahnhof Victoriaplatz/Klever Straße** mit Gesamtkosten von 3,25 Mio Euro. Die Maßnahmen beinhalten u.a. neue Beleuchtung, den Umbau von Notrufanlagen und den Bau einer Videoanlage. Baubeginn ist im 1. Halbjahr 2010 geplant, die Bauzeit beträgt 8 Monate (einstimmig);
- **Herstellung eines Wanderweges und einer Obstwiese/Grünzug** im Rahmen der Stadterneuerungsmaßnahme **Kaiserswerth**. Im südlichen Grünzug werden ehemalige Kleingärten aufgelöst unter Erhalt des wertvollen Baum- und Strauchbestandes sowie der Obstbäume. Blickbeziehungen sollen wiederhergestellt und ein Fußweg mit Ruhe- und Sitzplätzen angelegt werden. Der Hauptweg wird beleuchtet. Gesamtkosten 378.000 Euro, davon Zuschuss 189.000 Euro. Fertigstellung bis Ende 2009 (1 SPD Enthaltung).

■ Baurecht

Der Rat beschloss

- die Flächennutzungsplanänderung **„Nördlich Plockstraße“ (Hamm)**. Das bisherige Kleingartengelände wird in Gewerbegebiet umgewandelt, um die Erweiterung des Firmenstandortes des Teleshoppingsenders QVC zu ermöglichen. Für die Kleingärten wurde im Bereich Am Aderdamm bereits Ersatz geschaffen (gegen Linksfraktion, BÜ 90, Lemmer);
- die Flächennutzungsplanänderung sowie den Bebauungsplan **Grafenberger Allee/Ivo-Beucker-Straße** (Düsseltal). Die bisher als Kerngebiet ausgewiesene Fläche wird nun überwiegend Gewerbegebiet, in dem Einzelhandelsbetriebe ausgeschlossen sind. Eine kleine Fläche wird als Wohngebiet ausgewiesen und ermöglicht die Erweiterung der schon vorhandenen Wohnbebauung im nordwestlichen Bereich. An der Grafenberger Allee kann ein Hotel entstehen (Enthaltung Linksfraktion);
- den Bebauungsplan **Nürnberger Straße** (Reisholz). Hierdurch wird die Nutzung des Industriegebietes an der Paul-Thomas-Straße/Nürnberger Straße durch Einzelhandelsbetriebe sowie Bordelle ausgeschlossen (Enthaltung Linksfraktion);
- den Bebauungsplan **Niederheider Straße** (Holthausen). Das 44 ha große Gebiet zwischen Münchener Straße/ Paul-Thomas-Straße/ Nürnberger Straße/ Henkelstraße und Niederheider Straße beinhaltet Gewerbe- und Industrieflächen sowie den Freizeit- und Sportpark Niederheid nebst Stadtbad. Durch den Bebauungsplan werden Einzelhandelsbetriebe sowie Bordelle, im Gewerbegebiet auch Vergnügungsstätten ausgeschlossen. Verkaufsstellen von Handwerks- und anderen Gewerbebetrieben, die in unmittelbarem räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit dem Betrieb stehen, sind im Gewerbegebiet zulässig (Enthaltung Linksfraktion);

- den Bebauungsplan **Am Pfaffenbusch** (Unterbach). Das 0,5 ha große Plangebiet zwischen Gerresheimer Landstraße und Am Pfaffenbusch wird als allgemeines Wohngebiet mit drei- bis viergeschossiger Bebauung festgesetzt. Der Versorgung dienende Läden und Schankwirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe sind zugelassen (Enthaltung Linksfraktion).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**